

Paderborn, 04.08.2020

8. Sitzung des 48. Studierendenparlaments

Datum: 24.06.2020

Ort: online über BigBlueButton

Uhrzeit: 14:15

Protokollantin: Anna Senger

Vorläufige Tagesordnung

- 1) Eröffnung, Begrüßung und Regularien
- 2) Berichte
 1. Berichte der Beauftragten für Studierende mit Beeinträchtigungen oder chronischer Erkrankung
 2. Bericht des Präsidiums
 3. Berichte des Satzungsausschusses
 4. Berichte der stud. Mitglieder des Senats
 5. Berichte des AStA
 6. Berichte des Haushaltsausschusses
 7. Berichte des Ausschusses für Hochschulwahlen
 8. Berichte der stud. Mitglieder des Verwaltungsrates des StwPb
 9. Sonstige Berichte
- 3) Testabstimmung
- 4) Vertrag zur Stromlieferung im AStA Stadtcampus
- 5) Kündigung Vertrag NRW Ticket
- 6) Wahlprüfsteine der Studierendenschaft für die Kommunalwahl 2020 – 1. Lesung
- 7) Nominierung des studentischen Mitglieds im PC²-Vorstand
- 8) Verfassen eines Briefes an den Bürgermeister der Stadt Paderborn bzgl. der Städtefreundschaft mit Przemysł
- 9) Antrag zur Erhöhung der hochschulpolitischen Neutralität bei der Bewerbung von Veranstaltungen durch den AStA
- 10) Sonstiges

Anhang: Anwesenheitslisten, Beschlussblätter

1) Eröffnung, Begrüßung und Regularien

Die 8. Sitzung des 48. Studierendenparlaments wird am 24.06.2020 um 14:16 durch Gerrit Pape eröffnet. Gerrit stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden und das Parlament laut Corona-Verordnung mit 17 Anwesenden beschlussfähig sei. Drei TOPs seien wegen anwesender Gäste vorverlegt worden. Tim Aßbrock werde durch Marcel Schäfer und Nicolas Potthast durch Nik Föckeler vertreten.

2) Berichte

1. Berichte der Beauftragten für Studierende mit Beeinträchtigungen oder chronischer Erkrankung

- Cornelia Wagner stellt sich vor. Sie sei seit 2018 in der psychosozialen Beratung tätig und möchte diese ausbauen. Die Beauftragung erfolge im Wechsel von zwei Personen, Frau Sawall sollte deshalb formal als Frau Wagners Stellvertreterin nachgewählt werden. Sie kümmern sich um u.a. längerfristige Anfragen, meistens Nachteilsausgleich. Frau Wagners Anliegen sei Transparenz. Für Studierende sei es häufig schwierig, da nur die, die es schon aus der Schule kennen, gezielt Hilfe suchen. Ihr Anliegen sei, dass auch psychische Erkrankungen gewertet werden. Hierzu gebe es bereits ein online abrufbares Rechtsgutachten, dabei stelle es aber keinen Nachteilsausgleich dar, sondern nur eine Annäherung. So ist die einzige rechtliche Möglichkeit mehr Zeit für Prüfungen zu gestatten – einer Person, die unter Depression leide, werde dies aber nicht gerecht. Ihr Anliegen sei, dass auch Konzentrationsstörungen, Migräne und Zöliakie stärker wahrgenommen werden, also insgesamt besondere Hindernisse im Studium. Mit zwei weiteren Angestellten in dem Bereich und damit 20-30 verfügbaren Stunden sei diese zusätzliche Arbeit möglich. Sie wünsche sich mehr Personen für Assistenzen ausbilden zu können bei mehr Freiheiten, außerdem mit Fachstudienberater*innen in Kontakt zu treten. Wichtig sei auch die Peer-to-peer-Beratung in Form des Stammtischs sowie eine barrierefreie Campusführung. Frau Wagner könne außerdem mit dem Prüfungsausschuss anonymisiert und unter eingeschränkter Schweigepflicht in Kontakt treten und einen angemessenen Ausgleich verhandeln, da Nachteilsausgleichsanträge oftmals der Realität nicht gerecht werden. Ihr Plan sei es Leitfäden zu entwickeln, z.B. für Rollstuhlfahrer*innen, beim Beantragen von Hilfen, am besten noch während der Orientierungsphase. Außerdem sollen Wege verbessert und etwa Raumnummern in Braille angebracht werden. Denn bislang entschieden sich Studierende für andere Hochschulen, an denen die Unterstützung besser sei. Garantieren könne sie dennoch nichts. Da auch noch nicht alle Probleme und ihre Lösungen benannt werden können, werden Impulse gesammelt. Für die barrierefreie Lehre gebe es viele Handlungsleitfäden für unterschiedliche Aspekte. Der NRW-Hochschulverbund arbeite allerdings bereits an einem Gutachten zu einem Mindeststandard. Studierende seien aufgerufen jederzeit Ideen vorzubringen, gerne per Email. Frau Wagner kümmere sich um Anliegen und Fragen aller Art.
- Lidija Jakovljevic, Nik Föckeler und André Merschmann bedanken sich für den Einsatz.
- Helen Meißner fragt nach Anliegen von Studierenden mit sprachlichen Beeinträchtigungen und der Zuständigkeit für ausländische Studierende. Laut Cornelia Wagner kümmere sich die ZSB auch um z.B. Nachteilsausgleiche für Erstere. Internationale Studierende seien zwar hauptsächlich nicht durch sie vertreten, dennoch würde sie gerne mehr in diesem Bereich anbieten. Psychosoziale Beratung auf Englisch sei möglich, wegen Auslastung könne diese aber nicht erworben werden. Wartezeiten sollen nach Möglichkeit verkürzt werden.

2. Bericht des Präsidiums

- Gerrit Pape erklärt die Verwendung des neuen Abstimmungstools, das auch im Senat und den Fakultätsräten verwendet werde. Die Wahlen seien geheim und eine Authentifizierung gewährleistet. Der Wahlaufsichtsausschuss habe sich konstituiert. Das Präsidium habe die

Satzungen aller wissenschaftlicher Einrichtungen identifiziert, die das StuPa betreffen. Verfahren der Wahlen unterscheiden sich teilweise, er werde diese noch genauer aufschlüsseln. Das StuPa sei an sechs Einrichtungen beteiligt: Heinz-Nixdorf-Institut, SI-Lab, PIAF, Kompetenzzentrum Energietechnik, PC² und dem Institut für Photonische Quantensysteme. Stellen des HNI und PIAF seien besetzt, PC² sei heute dran und mit den übrigen werde Kontakt aufgenommen.

3. Bericht der studentischen Senatoren

- Gerrit berichtet, eine Professur für Finance und eine Stiftungsprofessur für Energietechnik seien besetzt worden. An dem Gleichstellungsplan der Kulturwissenschaften sei gearbeitet worden. In einer ersten Lesung der GO-Änderung habe es keine Debatten gegeben, in der nächsten Sitzung werde sie beschlossen. Der Wunsch nach einer AG Organisationsverwaltung sei aufgekommen, die sich mit Lehren aus der Coronakrise beschäftigen solle.

4. Berichte des Satzungsausschusses

- Gerrit teilt mit, eine neue Sitzung werde zur Behandlung der GO einberufen. Vom Justitiariat habe es bisher auf Rückfragen keine Rückmeldung gegeben.

5. Berichte des AStA

- Sharlene Frammelsberger berichtet, in der kommenden QVM-Sitzung werde ein Antrag für das 4. OG im Stadtcampus eingereicht, Fragen und Anmerkungen seien willkommen. Der AStA sei mit dem Präsidium bezüglich des digitalen Semesters im ständigen Austausch, neue Informationen gebe es aber nicht. Am Abend finde eine Forumsveranstaltung zur Studienfinanzierung statt und am 03.07. ein online-Pubquiz. Weiterhin werden wöchentlich Bewerbungen des Hilfsfonds bearbeitet.

6. Berichte des Haushaltsausschusses

- Tim Aßbrock ist nicht anwesend, der Ausschuss habe laut Gerrit nicht getagt.

7. Berichte des Ausschusses für Hochschulwahlen

- Der Ausschuss habe laut Niels Siemensmeyer nicht getagt.

8. Bericht der studentischen Vertreter des StwPb

- Roman Patzer-Meyer verweist auf die nächste Sitzung am kommenden Montag über Zoom.

9. Sonstige Berichte

- Es gibt keine sonstigen Berichte.

3) Testabstimmung

- Gerrit erklärt das Vorgehen über Como und versichert die Anonymität der Abstimmungen.

4) Vertrag zur Stromlieferung im AStA Stadtcampus

- Leonard Heimann erklärt, die Stromversorger sei bisher über den Vermieter geregelt worden, mit dem neuen Zähler müsse der AStA aber einen eigenen Vertrag abschließen. Dieser werde von der Uni übernommen, sodass für die Studierendenschaft keine Kosten entstehen, es müsse aber mit absoluter Mehrheit nach §11 der HWVO bewilligt werden. Nach eingeholten Vergle-

ichen sei der Vertrag der Stadtwerke am günstigen. Dieser habe zwar eine lange Laufzeit, sei dafür aber ein regionaler Anbieter mit 100% Ökostrom.

- André Merschmann fragt, warum der Vertrag nicht für 18 Monate abgeschlossen werde, da es günstiger sei. Leonard erklärt, Preisänderungen seien nicht vorhersehbar, man könne aber davon ausgehen, dass sich der Preis so nicht halten werde. Zudem sei der Aufwand zu hoch, um den Vertrag nur für so eine kurze Zeit abzuschließen, insbesondere wenn die Studierendenschaft ihn nicht bezahle. Kürzere Laufzeiten in anderen Vergleichsangeboten seien mit höheren Preisen verbunden. Er weist noch einmal darauf hin, dass die absolute Mehrheit dafür sein müsse, also mindestens 15 Ja-Stimmen. Jede Enthaltung entspreche einem Nein.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ja: 17

Nein: 0

Enthaltungen: 0

Der Antrag wird angenommen.

5) Kündigung Vertrag NRW-Ticket

- Sharlene Frammelsberger erinnert an ihr Versprechen bei der AStA-Wahl, sich um das Ticket zu kümmern. Verhandlungen dazu haben nun stattgefunden.
- Karina Xavier erklärt, UPB habe wegen der alten regionalen Verträge, die es vor dem NRW-Vertrag gegeben habe, einen kleineren Geltungsbereich, obwohl der gleiche Preis gezahlt werde. DB habe die Ungleichbehandlung zu anderen Universitäten nicht eingesehen, zum Zeitpunkt des Vertragsbeginns in 2005 sei Paderborn mit den Bedingungen einverstanden gewesen. Karina bezweifle die Transparenz damaliger Verhandlungen und habe keine Protokolle o.ä. dazu gefunden. Eine neue landesweite Kalkulation müsse erfolgen, da die damalige Grundlage nicht klar sei. Sie und der AStA schlagen deshalb vor neue Verhandlungen durch eine Kündigung des NRW-Tickets herbeizuführen, damit DB Regio Studierenden entgegenkomme. Aufgrund der Bindung des NRW-Vertrags mit den regionalen Verträgen können diese nicht einzeln gekündigt werden. Wenn es zu einer Kalkulation führe, könne mit einer hohen Wahrscheinlichkeit mit Einsparungen gerechnet werden. Ein Diskussionszeitraum der Kündigung von einem bis zwei Jahren sei ihrer Meinung nach viel zu lang. Die Kündigung sollte bis zum 30.09.2021, dem Vertragende, eingereicht werden. Eine Einigung zum April sollte wegen der Frist für die neue Beitragsordnung erzielt werden. Nicht auszuschließen sei, dass keine Einigung stattfindet, allerdings könne sich die Corona-Situation positiv auf die Verhandlungen auswirken.
- André Merschmann finde das Vorgehen sehr riskant, da Studierende im schlimmsten Fall am Ende kein Ticket haben. Karina erklärt, DB sehe keinen Handlungsbedarf, sodass das einzige Druckmittel die Kündigung bleibe. Das Risiko bestehe zwar, doch seien es auch für die andere Seite große Verluste. André befürworte eine NRW-weite Abstimmung, damit solche historisch bedingten Probleme nicht im Weg stehen.
- Lea Biere fragt nach, ob Studierende für bestimmte Bereiche in NRW also doppelt zahlen. Karina erklärt, gezahlt werde für den Bielefelder Bereich, der unter den regionalen Vertrag falle, und für das Münsterland, wo für den schienengebundenen Teil nur der Hochstifttarif gezahlt werden sollte und nicht noch, was bei anderen Hochschulen anfalle. Lea verstehe Andrés Bedenken, da das Problem schon einmal bestanden habe und ein nicht sehr vorteilhafter Tarif festgemacht worden sei, um nicht ohne Ticket zu bleiben.
- André fragt, ob die Streckenerweiterungen nach Bielefeld, Osnabrück, Rheine, Göttingen noch dabei wären. Karina antwortet, Verträge für Hannover, Kassel, Göttingen seien später

dazugekommen und haben nichts mit Regio und NRW zu tun, sondern laufen als Streckenerweiterungen gesondert. Bezüglich Osnabrück sei sie sich nicht sicher, in die Richtung gebe es aber keinen zusätzlichen Vertrag.

- Alkoky finde das NRW-Ticket sehr wichtig, den VPH-Vertrag dagegen nicht.
- Büsra Yalaman fragt, ob Osnabrück im Ticket enthalten sei. Karina wisse es nicht genau, es gebe aber keinen separaten Vertrag dafür.
- Leonard Heimann könne die Bedenken nachvollziehen. Problematisch sei aber ein falsches Signal zu senden ohne die Kündigung. Man müsse sich gegen die Preise wehren, mit den Bedingungen sei man schon seit Jahren unzufrieden. Leonie Niemerg sehe es genau so, Erpressung und Diktatur könne nicht die Lösung sein. Der Zeitpunkt sei außerdem günstig, wenn das Wintersemester wahrscheinlich nicht im Präsenzformat stattfinden werde. Karina ergänzt, sie toleriere nicht das fehlende Entgegenkommen der Gegenseite.
- Nik Föckeler fragt, ob es jetzt regionale Verträge mit VRL, OWL-Verkehr und den Hochstifttarif gebe. Karina stellt klar, es seien insgesamt acht Verträge, drei davon Streckenerweiterungen nach Hannover, Göttingen und Kassel, das NRW-Upgrade und Regio, also VPH, VRL, DB Regio und OWL-V. Einzelne können nicht gekündigt werden, weil die Bindung der Verträge bestehe. Das gesamte Ticket werde also automatisch ungültig.
- André möchte wissen, ob im schlimmsten Fall zum Wintersemester 2021 kein Ticket für Studierende ausgestellt werde. Karina bejaht, die Kündigung werde zum 30.09.2021 ausgesprochen. Falls ein halbes Jahr vorher keine Einigung erzielt werde, gebe es ab dem Wintersemester 21/22 keinen Vertrag.
- Lea fragt, was genau in dem Fall noch da wäre. Karina erklärt, VPH und die Streckenerweiterung; OWL-V und DB Regio wäre fraglich, könnte aber abgestoßen werden.
- Marcel Schäfer fragt, ob man dann mit der S5 nach Hannover fahren dürfe. Karina bejaht.
- Büsra fragt nach der Wahrscheinlichkeit, ohne Einigung aus den Verhandlungen zu kommen. Karina könne es nicht sagen. Sie schätze ein, dass DB die Studierenden testen wolle, sie wisse aber nicht, ob am Ende ein Entgegenkommen zu erwarten sei. Sie schließe sich Leonard an, das fehlende Entgegenkommen solle trotzdem nicht hingenommen werden.
- Alkoky meint, es müsse einen Weg geben, einen einzelnen Vertrag mit DB zu haben. Padersprinter habe, soweit er wisse, nichts mit der DB zu tun. Karina erklärt, ein Rechtsanwalt nehme an den Verhandlungen teil und habe ebenfalls zur Kündigung geraten. Die Ungleichbehandlung sei dem Grundgesetz entnehmbar, ein direkter Rechtsanspruch sei aber nicht ableitbar. VPH sollte nicht gekündigt werden, da es ein regionaler Hochstiftvertrag sei und Studierende dann nicht einmal mit dem Bus zur Uni kommen könnten. Leonard ergänzt, eine Grundvoraussetzung sei, für Uni einen Vertrag mit dem regionalen Verkehrsbetrieb abzuschließen. Wenn VPH gekündigt werde, falle das NRW-Ticket automatisch weg.
- Alkoky finde die Lage ohne Semesterticket, wie an seiner alten Universität, schwierig und befürworte die Beteiligung des Anwalts.
- André fragt nach der Möglichkeit eines E-Semestertickets wie an anderen Universitäten. Das würde die Briefe einsparen. Karina verspricht, der AStA und die Hochschulverwaltung arbeiten daran, dies sei aber unabhängig von diesen Verhandlungen.
- Alkoky finde, auf VPH zu verzichten sei zu verkraften, wenn DB Regio enthalten sei. Karina erklärt, VPH solle und könne, obwohl am teuersten, nicht gekündigt werden. Für eine Verhandlung sehe sie keine Notwendigkeit. Die geprüfte Berechnung sei sachgerecht, daher müsse an einer anderen Stelle angesetzt werden. Paderborner Studierende zahlen derzeit €101,99 für

VPH, und €56,40 für den erwähnten schienengebundenen Teil. Das ist NRW-weit am teuersten, deutschlandweit nach Hannover und Frankfurt an dritter Stelle.

- Būsra fragt, ob VPH gezwungenermaßen in den Vertrag aufgenommen werden müsse, sobald ein neuer mit DB eingegangen werde. Leonard erklärt, der NRW-Vertrag beruhe auf einer Anzahl regionaler Verträge, die sonst keine Uni habe. Der AStA werde sehen, welche zusätzlichen abgestoßen werden können, VPH stelle aber in jedem Fall eine Grundlage dar.
- Jeanne Matip Bissai fragt, wie die Sache für Studierende aussehe, die etwa in Dortmund wohnen oder arbeiten. Einzelne Tickets wären dafür sehr teuer. Karina sagt, es fällt unter DB Regio, daher wäre es ohne Semesterticket nicht inbegriffen.
- Helen Meißner fragt, ob Zusatztickets, z.B. nach Dortmund, dann ggf. über die Uni abgerechnet werden können. Karina verneint, das Ticket liege im Zuständigkeitsbereich der Studierenden, bzw. AStAs. Leonard fügt hinzu, dies sei genau das, was vermieden werden wolle.
- Helen möchte für solche Studierende Ausnahmen machen und soziale Fahrunterstützung anbieten. Karina merkt an, dass Verträge für alle gleich gelten müssen und keine Ausnahmen außer sozialer Härtefälle gemacht werden können.
- Lea stellt klar, wenn das Ticket entfalle, müsse sich jede*r Studierende selbst um die Anreise nach Paderborn kümmern und für die Kosten aufkommen. Sharlene betont, das wolle der AStA unbedingt verhindern, sehe zurzeit aber keine andere Möglichkeit.
- Helen fragt, wann der Wegfall des Tickets feststehen würde. Karina erklärt, die Einigung müsse vor April feststehen. Es könne sein, dass sich die Uni einschalte oder sich politischer Druck abzeichne. Theoretisch sei bis September dafür Zeit, dem Beschluss der Beitragsordnung.
- André äußert die Idee zu einer Parallelschreibung an einer anderen Uni.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ja: 11

Nein: 3

Enthaltungen: 3

Der Antrag wird angenommen.

6) Wahlprüfsteine der Studierendenschaft für die Kommunalwahl 2020 – 1. Lesung

- Gerrit Pape schlägt vor, die Grundsatzdebatte heute zu erledigen und Änderungsanträge und weitere Wünsche in der nächsten Sitzung zu behandeln. Es gibt keine Gegenrede.
- Leon Tappe begründet den Antrag mit dem Interesse Studierender daran, was Kommunalpolitiker für sie vor der nächsten Wahl tun können.
- Leonard Heimann fragt, ob Antworten veröffentlicht werden, und wenn ja, in welchem Format. Gerrit schlägt Tabellen, Soziale Medien und den AStA vor, sowie die lokale Presse.
- Helen Meißner wünsche sich eine Mail mit den wichtigsten Informationen.

7) Nominierung des studentischen Mitglieds im PC²-Vorstand

- Gerrit Pape erklärt das Verfahren: Das StuPa nominiere eine Person, der Vorstand bestätige diese, wonach das Präsidium die Person bestelle. Die Fachschaft habe eine Person vorgeschlagen, die aber nicht anwesend sei und mittlerweile die Position nicht einnehmen könne. Gerrit schlägt vor die Nominierung auszuschreiben.

- Lidija Jakovljevic schlägt Gerrit zur Wahl vor.
- Helen Meißner fragt, ob nicht noch eine Email an alle Studierenden verschickt und die Wahl vertagt werden solle. Gerrit stimmt zu, der Posten sei auch schon länger vakant. Es gibt keinen Widerspruch.
- Roman Patzer-Meyer erinnert daran, in den entsprechenden Fachschaften anzufragen.

Über das Vertagen wird abgestimmt.

Ja: 14

Nein: 0

Enthaltungen: 4

Der Antrag wird vertagt.

8) Verfassen eines Briefes an den Bürgermeister der Stadt Paderborn bzgl. der Städtefreundschaft mit Przemyśl

- Roman Patzer-Meyer erklärt, die Stadt Przemyśl sei zu einer LGBT-freien Zone erklärt worden, was die LISTE vor dem Hintergrund der Städtepartnerschaft mit Paderborn untragbar finde.

Änderungsanträge

Ä1:

- Lidija Jakovljevic verstehe den Ärger, schlage aber vor die Partnerschaft dazu zu nutzen, Betroffenen Solidarität zuzusichern und auf das Zwischenmenschliche zu appellieren. Zuerst solle Stellung bezogen und dann die gesamte Partnerschaft in Frage gestellt werden.
- Lea Biere habe sich angesehen, was die Partnerschaft beinhalte, sie umfasse vor allem das gemeinsame Gänseessen. Die Problematik sei schon länger bekannt, auf der Seite der Partnerschaft aber nicht benannt. Daher stelle sich die Frage, ob die Partnerschaft das Verhalten unterstütze.
- André Merschmann finde es wichtig die Bürgermeister dafür zu sensibilisieren und stimme Lidijas Vorschlag zu. Die Abschaffung der Partnerschaft solle der letzte Weg sein. Helen Meißner möchte ebenfalls Druck auf die Stadt ausüben.
- Roman erklärt, im letzten Jahr habe es eine Annäherung gegeben in Form eines Antrags der FDP im Februar. Der Bürgermeister sei also beauftragt worden, Romans Wissens nach habe sich aber nichts weiter getan, sodass die Partnerschaft hierauf ruhen könne.
- Lea ergänzt um einen Artikel in der Neuen Westfälischen, nach dem die beiden Bürgermeister telefoniert haben und Paderborn die andere Seite nur unzureichend auf das Problem hingewiesen habe. Ihrer Meinung nach sei es nicht ernst genommen worden.
- André möchte beiden Seiten doch noch einmal die Möglichkeit geben zu sprechen, und spreche sich für einen Brief an den Bürgermeister aus, eventuell mit einer Frist. Ohne Ratsbeschluss werde die Partnerschaft ohnehin nicht aufgekündigt.
- Gerrit Pape merkt an, dass der Antrag der FDP erst in der morgigen Sitzung besprochen werde.
- Lidija spricht sich für eine Fristsetzung und Aufforderung aus, danach könne die Kündigung auf den Weg gebracht werden. Einfluss solle in jedem Fall ausgeübt werden. Büsra Yalaman stimmt dem zu.
- Gerrit finde die Möglichkeit gut den Bürgermeister aus Przemyśl zu Besuch einzuladen.

- Roman schlägt vor die Frist für entsprechende Handlungsinitiativen auf den 31.12.2020 zu setzen. André fragt, ob es kurzfristiger nicht sinnvoll sei. Gerrit erinnert, dass das StuPa noch bis Ende des Jahres im Amt sei.
- André schlägt Ende Oktober vor, da dann ein neuer Stadtrat im Amt sei und das StuPa selbst noch zwei Monate Zeit habe zu handeln.
- Gerrit finde den 13.09. sinnvoller, da der Bürgermeister danach evtl. nicht mehr im Amt sei.
- Lidija ändert den Änderungsantragstext um.

Ä2:

- Der Antragstext wird ergänzt: „Das Präsidium des 48. Studierendenparlaments wird damit beauftragt, einen Brief an den Bürgermeister der Stadt Paderborn (Michael Dreier) zu verfassen, in dem dieser dazu aufgefordert wird, die Städtepartnerschaft mit Przemysł zu nutzen, um mit allen möglichen Mitteln eine Einhaltung der Menschenwürde in Przemysł einzufordern. Sollten nach einer Frist bis zum 13. September 2020 keine Maßnahmen zur Einhaltung der Menschenwürde getroffen worden sein, so sind entsprechende Schritte einzuleiten, um die Städtepartnerschaft aufzukündigen.“
- Helen Meißner finde die Formulierung nicht stark genug.

Über den Änderungsantrag 2 wird abgestimmt.

Ja: 12

Nein: 0

Enthaltungen: 2

Die Änderung wird angenommen.

Über den geänderten Antrag wird abgestimmt.

Ja: 10

Nein: 2

Enthaltungen: 1

Der Antrag wird angenommen.

9) Antrag zur Erhöhung der hochschulpolitischen Neutralität bei der Bewerbung von Veranstaltungen durch den AStA

- André Merschmann und GLR möchten den AStA dazu verpflichten davon abzusehen, einzelne Logos einer Hochschulgruppe auf offiziellen Plakaten zu vermarkten. Sie sehen das Problem darin, dass einige Listen damit ihre Kontakte zu Parteien gewinnbringend einsetzen können. André möchte nicht, dass die Chancengleichheit von parteiunabhängigen Listen geschmälert werde. Stattdessen solle das StuPa-Logo vermarktet werden, sodass die hochschulpolitische Neutralität und Chancengleichheit gewahrt werde.
- Sharlene Frammelsberger wendet ein, Kooperationen kommen auch bei parteiunabhängigen Listen zustande, dafür sei der AStA offen und dankbar. Diese müssen nicht mit Politiker*innen sein. Der AStA sei keine Plattform für den Wahlkampf und sei auch mit anderen Politiker*innen im Gespräch, deshalb sehe sie die politische Neutralität nicht gefährdet. Sechs Wochen vor der Wahl kommen solche Veranstaltungen aber auch nicht vor.

- Leonie Niemerg ergänzt, der Redner sei von der Liste Campusgrün organisiert und an der Vorbereitung der Veranstaltung mitgeholfen worden, weshalb es für sie selbstverständlich sei das Logo auf dem Plakat zu kennzeichnen. Das StuPa-Logo wäre an der Stelle inhaltlich falsch. Das Verfahren sei immer gleich und niemand werde bevorzugt oder benachteiligt. Leonard Heimann ergänzt, das StuPa-Logo sei nicht nur inhaltlich falsch, sondern auch nicht schön genug für solche Plakate.
- André finde, dass der AStA eine Veranstaltung der Grünen fördere, was er wegen des fehlenden allgemeinpolitischen Mandats problematisch finde.
- Niels Siemensmeyer erinnert an die Veranstaltung mit Carsten Linnemann, bei der RCDS auf Logos verzichtet habe. Michael Koch erinnert an eine Forumsveranstaltung vor zwei Jahren, die das SDS-Logo getragen habe. Dies habe damals kein Problem dargestellt.
- Gerrit Pape merkt an, der AStA beschließe auch nichts Allgemeinpolitisches, deshalb gelte die Begründung des Mandats nicht.
- Lea Biere finde, dass Beteiligte bei Kooperationen und einer gemeinsamen Organisation kenntlich gemacht werden müssen, damit die Veranstaltung besser einzuschätzen sei.
- André besteht darauf, dass parteinahe Gruppen mehr Chancen haben. Wenn Kooperationspartner aufgeführt werden müssen, solle es in Textform sein und nicht als Logo.
- Lea sagt, dies müsse dann aber konsequent für alle gemacht werden, auch für z.B. ZSB. Leonie und Lidija Jakovljevic stimmen zu.
- Sharlene erinnert, dass jede Liste die Voraussetzungen und Möglichkeiten habe solche Veranstaltungen zu organisieren. Partner nicht aufzuführen sei intransparent. Ob auf Plakaten die Namen als Logo oder Text auftreten, sei nicht von Bedeutung.
- André finde, dies gebe den Listen unverhältnismäßige Aufmerksamkeit.
- Lea finde den Vorschlag nicht unbedingt schlecht, eventuelle Änderungen sollen aber einheitlich auf allen Plakaten gehandhabt werden. Das AStA-Logo etwa könne auch immer größer und vordergründig drauf sein.
- Marcel Schäfer erklärt, die Logogröße hänge von der Kooperation und Arbeit ab. Außerdem bekomme die Hochschulpolitik so mehr Aufmerksamkeit.
- Leonie fände nicht fair, Partner als Randnotiz zu nennen und einige Partner wären mit Sicherheit nicht zufrieden damit. Eventuell könne man sich auf Leas Vorschlag einigen. Ihr wäre es aber unangenehm Partnern mitteilen zu müssen, dass sie nicht auf dem Plakat stehen.
- Sharlene finde es intransparent, wenn im Kleingedruckten nach Veranstaltern gesucht werden müsse. Der AStA organisiere nicht nur Forumsveranstaltungen und Listen seien mit ihren Ideen jederzeit willkommen. Zudem werden solche Logos nicht vor Wahlen abgedruckt.
- Nik Föckeler erklärt, auf Logos solle vor allem in Forumsveranstaltungen geachtet werden, da es um politische Aufklärung gehe und alle gleich behandelt werden müssen. Insbesondere habe es zwei Veranstaltungen gegeben, dabei in einem Fall für die Partei geworben und im anderen nicht.
- André finde das Vorgehen problematisch für unabhängige Listen. Er stelle in Frage, inwiefern es für den AStA interessant sei andere Veranstalter einzuladen. Alles solle chancengleich erfolgen.
- Sharlene erklärt, in früheren Veranstaltungen sei die Werbung genau so gehandhabt worden. Die Veranstaltung mit Wiebke Esdar sei ohne SPD und Jusos organisiert worden, deshalb seien auch deren Logos nicht auf Plakaten gewesen. Christian Lindner sei über LHG eingeladen worden. Im neuesten Fall der Grünen habe CG mitgewirkt.

- Leonie ergänzt, die Logos signalisieren das Zustandekommen der Veranstaltung und kennzeichnen nicht, von welcher Partei der*die Redner*in stammt. Zu Beginn der Amtsperiode sei eine Gruppe bei Teams eingerichtet worden für genau solche Dinge. Ein erster Schritt wäre gewesen, den AStA direkt zu kontaktieren und sich nicht gleich über die Uni-Kanäle zu beschweren. Kommunikation solle intensiviert werden und Beiträge konstruktiv sein.
- Leonard Heimann sei vergangene Forumsveranstaltungen durchgegangen und habe einige unpolitische Themen darin gefunden. Andrés Argumente seien fadenscheinig.
- André finde gerade im Wahljahr nur politische Themen wirklich interessant. Somit seien große und parteinahe Listen im Vorteil.
- Sharlene sehe die Neutralität nicht gefährdet, da die Wahl mehr als sechs Wochen in der Zukunft liege. Die Veranstaltung sei auch keine Wahlkampfplattform gewesen, sondern eine Diskussion über Themen, die Studierende betreffen.
- Leonard sehe keinen Grund für den Antrag, da keinerlei Ungleichbehandlung vorgekommen sei.
- André betont, dass er nicht die grundlegende politische Neutralität des AStA in Frage stelle. Zur Chancengleichheit könne aber mehr beigetragen werden, z.B. Textform statt Logos.
- Leonie stellt fest, die Chancengleichheit sei gegeben. Wie die Chancen genutzt werden, stehe jeder Liste selbst zu.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ja: 4

Nein: 8

Enthaltungen: 1

Der Antrag wird abgelehnt.

10) Sonstiges

- Gerrit Pape teilt mit, die nächste Sitzung finde in drei Wochen statt.

Gerrit schließt die Sitzung um 17:12.

Anwesende Parlamentarier*innen und Gäste

Anwesende Parlamentarier*innen

Name	Vorname	Liste	Von	Bis
Siemensmeyer	Niels	ZDF	14:16	17:12
Yalaman	Büsra	IVP	14:16	17:12
Merschmann	André Simon	GLR	14:16	17:12
Föckeler	Nik	GLR	14:16	17:12
Jha	Nikhil Kumar	INT	14:16	16:00
Matip Bissai	Jeanne Sauvee	INT	14:16	17:12
Tomea Mallorquin	Michele	INT	14:16	17:12
Patzer-Meyer	Roman	LISTE	14:16	17:12
Biere	Lea	LISTE	14:16	17:12
Pape	Gerrit	CG	14:16	17:12
Meißner	Helen	CG	14:16	17:12
Koch	Michael	CG	14:16	17:12
Jakovljevic	Lidija	CG	14:16	17:12
Schäfer	Marcel	CG	14:16	17:12

Anwesende Gäste

Name	Vorname	Von	Bis
Frammelsberger	Sharlene	14:16	17:12
Schwengel	Andreas	14:16	17:12
Heimann	Leonard	14:16	17:12
Niemerg	Leonie	14:16	17:12
Wagner	Cornelia	14:16	14:39
	Alkoky	14:16	17:12
Graf	Viktor	14:16	17:12
Xavier	Karina	14:16	15:45

Beschlussblatt

Beschlussblatt 48-08-01
Beschlossen am
24.06.2020

Beschluss:

Das 48. Studierendenparlament hat beschlossen, dass ein Vertrag zur Stromlieferung für den AStA Stadtcampus durch die Stadtwerke Paderborn mit einer Vertragslaufzeit von 42 Monaten abgeschlossen wird.

(Ja: 17, Nein: 0, Enthaltung: 0)

So beschlossen am 24.06.2020.

Das Präsidium des 48. Studierendenparlaments

Gerrit Pape, Lea Biere, Michele Tomea Mallorquin

Beschlussblatt

Beschlussblatt 48-08-02
Beschlossen am
24.06.2020

Beschluss:

Das 48. Studierendenparlament hat beschlossen, dass der Vertrag zum Semesterticket NRW gekündigt wird.

(Ja: 11, Nein: 3, Enthaltung: 3)

So beschlossen am 24.06.2020.

Das Präsidium des 48. Studierendenparlaments

Gerrit Pape, Lea Biere, Michele Tomea Mallorquin

Beschlussblatt

Beschlussblatt 48-08-00
Beschlossen am
24.06.2020

Beschluss:

Das 48. Studierendenparlament hat beschlossen, dass das Präsidium des 48. Studierendenparlaments beauftragt wird einen Brief an den Bürgermeister der Stadt Paderborn (Michael Dreier) zu verfassen, in dem dieser dazu aufgefordert wird, die Städtepartnerschaft zu nutzen, um mit allen möglichen Mitteln eine Einhaltung der Menschenwürde in Przemysl einzufordern. Sollten nach einer Frist bis zum 13. September 2020 keine Maßnahmen zur Einhaltung der Menschenwürde getroffen worden sein, so sind entsprechende Schritte einzuleiten, um die Städtepartnerschaft aufzukündigen.

(Ja: 10, Nein: 2, Enthaltung: 1)

So beschlossen am 24.06.2020.

Das Präsidium des 48. Studierendenparlaments

Gerrit Pape, Lea Biere, Michele Tomea Mallorquin